Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 1.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.10 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 3.60 Mk., monatlich 1.20 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 4.02 Mk., monatlich 1.34 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., sonst 80 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vormittags. Für Fehler infolge von Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 74 — Montag, den 31. März 1919 — 14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Marschall Foch hat sich bereit erklärt, wegen des Durchmarsches polnischer Truppen durch Danzig mit Vertretern der deutschen Regierung persönlich zu verhandeln. Reichsminister Erzberger ist als Vertreter dazu abgeordnet worden.

*

Die Vorfriedensverhandlungen werden unmittelbar nach Ostern beginnen.

*

Die Entente ist zu bewaffnetem Einschreiten in Ungarn entschlossen, wird dagegen keine militärische Expedition mehr nach Rußland senden.

*

Der Mörder des Sozialisten Jaures, Villain, ist, wie vorauszusehen war, vom Pariser Schwurgericht freigesprochen worden.

*

Nach Pariser Meldungen soll Deutschland 1200 Milliarden Mark Kriegsentschädigung zahlen.

Der Polendurchmarsch durch Danzig.

Neue Verhandlungen in Spa.

In der Angelegenheit der Landung polnischer Truppen in Danzig hat unter dem 27. März General Foch folgendes Telegramm an General Nudant gesandt:

„Da ich noch keine Antwort erhalten habe in Betreff des Transports der polnischen Truppen durch Danzig, beauftrage ich Sie, um die Lösung der Frage zu beschleunigen, die deutsche Regierung einzuladen, einen Bevollmächtigten nach Spa zu entsenden, wohin ich geneigt bin, mich in Person zu begeben. Herr General v. Hammerstein wird gebeten, so schnell wie irgendmöglich den Namen des deutschen Bevollmächtigten, der gewählt worden ist, mitzuteilen, und ebenso das Datum, an welchem er sich nach Spa begeben haben wird.

Daraufhin hat die deutsche Regierung beschlossen, als Bevollmächtigten zur Entgegennahme aller der von Marschall Foch in Aussicht gestellten Auskünfte und aller der Garantien, welche die deutsche Regierung verlangt, den Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission, Reichsminister Erzberger, nach Spa zu entsenden. Die deutsche Regierung hat diesen Beschluß durch folgende Note zur Kenntnis des Marschalls Foch bringen lassen: Das Reichsministerium hat als deutschen Bevollmächtigten den Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, Reichsminister Erzberger, bestimmt, der am 3. April vormittags in Spa für die gewünschten Verhandlungen zur Verfügung steht und mit den nötigen Vollmachten versehen ist. Reichsminister Erzberger wird am Dienstag, den 1. April, von Berlin abreisen.

Vom Frieden.

Die deutsche Finanzdelegation in Versailles.

Auf der letzten Brüsseler Konferenz war vorgeschlagen worden, daß die deutsche Finanzdelegation mit Vertretern der Alliierten in Frankreich zusammentreffen sollte, um über die Regelung der Zahlung der für den Ankauf von Lebensmitteln nötigen Summen durch die Deutschen zu unterhandeln. Der Oberste Wirtschaftsrat in Paris hat beschlossen, die Zahl der deutschen Delegierten auf sechs Mitglieder zu erhöhen und die Gegenstände, über welche verhandelt werden soll, so zu erweitern, daß sie auch andere finanzielle Fragen einschließen. Der Oberste Wirtschaftsrat ersuchte an Deutschland angrenzende neutrale Länder, Delegierte zu ernennen, um mit den Alliierten Finanzfragen zu besprechen, welche mit der Flüssigmachung der deutschen finanziellen Hilfsquellen zur Bezahlung der Lebensmittel, die Deutschland geliefert werden, zusammenhängen. Die neutralen Länder haben die Einladung angenommen und ihre Delegierten werden mit den Vertretern der Alliierten wahrscheinlich zur selben Zeit zusammentreffen wie die Deutschen. Die Beratungen werden auf die sogenannten Uebergangsfinanzfragen beschränkt bleiben und keinen Einfluß auf die endgültige finanzielle Regelung mit dem Feinde haben. Bezüglich der deutschen Zahlungen hat die Brüsseler Konferenz am 14. März bestimmt, daß Deutschland außer der Lieferung seiner flüssigen Aktiven und seiner Kredite im Ausland gestattet werden soll, nach neutralen und gewissen anderen Ländern verschiedene Handelsartikel auszuführen unter der Bedingung, daß erstens keine Artikel, die auf der verbotenen Liste stehen, ausgeführt, und zweitens alle Zahlungen für diese Ausfuhr zur Bezahlung der Lebensmittel verwendet werden, welche Deutschland von den Alliierten erhält.

Was Frankreich alles verlangt.

Aus dem Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spa vom 28. März. Nudant teilte in einer Note mit, die französische und die belgische Regierung hätten beschlossen, ohne Verzug mit der Zurücknahme aller Pferde und sonstigen Tiere zu beginnen, welche von Deutschland in Frankreich und Belgien requiriert worden sind. Zu diesem Zwecke werde im besetzten deutschen Gebiet sofort eine Musterung aller aus Frankreich und Belgien stammenden Tiere vorgenommen werden. Im unbesetzten Teil Deutschlands solle eine entsprechende Musterung durch eine besondere Kommission abgehalten werden. Ihr solle auch die Zurücknahme der aus Frankreich und Belgien fortgeführten landwirtschaftlichen Materialien übertragen werden. — Die Antwort auf diesen geradezu ungeheuerlichen Beschluß, welcher auch nicht im geringsten Zusammenhang mit dem Waffenstillstandsvertrag steht, behielt sich die deutsche Kommission vor. Es sei hier bemerkt, daß nach Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrages (finanzielle Bestimmungen) Deutschland nur verpflichtet ist, Urkunden, Kunstgegenstände, Bargeld und Wertpapiere zurückzugeben, die aus dem ehemals besetzten Gebiete fortgeführt worden sind. Zu irgend einer weitergehenden Forderung sind die Alliierten nicht berechtigt.

Die französisch-deutschen Grenzen.

Der Rat der Vier in Paris, (bestehend aus Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando) hat die Prüfung der Gebietsfragen fortgesetzt, namentlich die der französisch-deutschen Grenze. Es ist noch keine Entscheidung gefällt worden, doch kennt man die französische Auffassung in diesem Punkte. Frankreich beansprucht voll und ganz seine Grenzen von 1814, darin inbegriffen das ganze Saarbecken, für dessen deutsche Bevölkerung, soweit sie sich innerhalb dieser Grenze befindet, politische Autonomie bestehen bleiben soll. Frankreich verlangt, daß der Rhein ihm als natürliche Grenze diene. Infolgedessen soll Deutschland nicht das Recht haben, auf dem linken Rheinufer Festungswerke, noch Truppen, noch strategische Eisenbahnen zu unterhalten. Nach den Grenzfragen wird der Rat der Vier sich mit dem adriatischen Problem beschäftigen.

Beginn des Vorfriedens-Kongresses nach Ostern.

Aus Paris wird berichtet: Sobald der Wortlaut des Vorfriedens durch die Großmächte festgelegt sein wird, werden die deutschen Bevollmächtigten, an deren Spitze Graf Brockdorff-Rantzau steht, nach Versailles berufen werden. Die Deutschen, deren Zahl etwa 200 betragen wird, werden im Rathaus untergebracht werden. Die Vorbereitungen werden mindestens drei Wochen dauern. Daher wird der Vorfriedenskongreß frühestens am Tage nach Ostern zusammentreten können. Der Viererrat setzt seine Arbeiten in zweimal täglich stattfindenden Konferenzen planmäßig fort. Ueber die Ergebnisse dieser Beratungen wird größte Zurückhaltung beobachtet, jedoch scheint es schon jetzt festzustehen, daß eine bestimmte Anzahl Material und Ausrüstungsstücke nach Rumänien gesandt werden für militärische Vorkehrungen, welche angesichts der durch die bolschewistische Regierung in Ungarn hervorgerufenen Gefahr getroffen werden müssen.

Nationalversammlung.

Weimar, 29. März.

Die Interpellation Arnstadt (Deutschnat. Volksp.) Dr. Heinze (Deutsche Volksp.) und Genossen, welche sich gegen die Maßregelungen von Beamten aus politischen Gründen richtet, wird nach einer Erklärung vom Reichsfinanzminister Schiffer in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Es folgt die zweite Beratung.

Nachtragsetat und Notetat.

Ueber ersteren berichtet Abg. Löbe (Soz.). Der Ausschuß nahm den Regierungsvorschlag, welcher die Bezüge des Reichspräsidenten auf 100 000 Mk. monatlich vorsah, nicht an, sondern trennte persönliche und sachliche Bezüge und schlägt vor, dem Reichspräsidenten jährlich 100 000 Mark Gehalt zu gewähren und für die mit seinem Amte verbundenen sachlichen Ausgaben eine halbe Million einzusetzen. Die Regelung der Pensionsfrage soll einem besonderen Gesetz überlassen werden. Die Frage der Ministergehälter und Pensionen soll beim ordentlichen Etat geprüft werden. Bei den Wohnungszuschüssen der Minister dürften erhebliche Abstriche erfolgen.

Der Nachtragsetat wird hierauf nach dem Ausschußantrag gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Gesetzentwürfe über die vorläufige Regelung des Reichshaushaltes und des Haushaltes der Schutzgebiete für 1919 (Notetat). Berichterstatter Becker (Deutsche Volksp.) verweist darauf, daß auf den Flugplätzen Adlershof und Döberitz noch viele Soldaten unproduktiv beschäftigt sind, statt demobilisiert zu sein. Diese Frage soll im Haushaltausschuß demnächst besonders geprüft werden. Abg. Ersing (Zentr.) erklärt sich für rücksichtslose Durchführung der Demobilmachung. Auf den beiden Flugplätzen würden für Offiziere und Mannschaften jährlich 50 Millionen ausgegeben, weil diese Offiziere und Mannschaften sich mit aller Macht gegen die Demobilmachung sträubten. Abg. Dr. Nießer (Deutsche Volksp.) tritt ebenfalls dafür ein, daß auf Kosten des Reiches auf den beiden Berliner Flugplätzen nicht Millionen unnötig verausgabt werden. Auch bei den Kriegsgesellschaften blieben noch manche länger, als im Interesse des Reiches nötig sei.

Die Verschleuderung von Reichsgeldern.

Reichswehrminister Noske verweist darauf, daß nach einer Verfügung aus der Zeit des Prinzen Max jeder Heeresangehörige berechtigt ist, nach Erklärung der Demobilisierung für seinen Truppenteil noch vier Monate in der Kaserne zu bleiben. Diese Verordnung war aus der Erwartung hervorgegangen, daß die Demobilisierung sich auf einen recht langen Zeitraum erstrecken würde, eine Erwartung, die durch den Zusammenbruch unseres Heeres vollständig über den Haufen geworfen wurde. Soweit die zur Entlassung kommenden Leute keine Arbeit finden, müssen sie aus Reichsmitteln unterstützt werden. In den Staatswerkstätten haben sich in einer Anzahl von Betrieben unhaltbare Zustände herausgebildet, welche zu einer geradezu unverantwortlichen Verschleuderung von Reichsgeldern führen. Auf den beiden Reichswerften hat die Lage sich beträchtlich gebessert. In Kiel wie in Wilhelmshaven wächst die Zahl der Aufträge und auch die Arbeitsleistung. Auf den Torpedowerkstätten in Friedrichsort bei Kiel haben am ersten Revolutionstage die Arbeiter sich geweigert, für die Folge an der Herstellung von Kriegsmaterial zu arbeiten. Nach oberflächlicher Berechnung wurden 100 000 Mark Lohn gezahlt, ohne irgendwelche gewinnbringende Tätigkeit in diesen Werkstätten. Auch in verschiedenen Militärbekleidungsämtern sind die Zustände unerträglich. Einzelne haben den 20fachen Umfang während des Krieges angenommen, und trotzdem verlangen die Arbeiterwortführer, daß von Entlassungen in diesen Betrieben Abstand genommen werde. Auch wird gefordert, daß sämtliche Anträge von Uniformen für Post und Eisenbahn diesen Bekleidungsämtern zugewiesen werden. Dabei ist die Arbeitsleistung in einer Anzahl dieser Betriebe teilweise so zurückgegangen, daß der Bedarf an Uniformen und Stiefeln für die Freiwilligenverbände bei der Privatindustrie gedeckt werden mußte. Der Minister gab dann noch eine Schilderung der Zustände in den Spandauer Betrieben, in welchen im Januar an Löhnen 42 Millionen Mk. gezahlt wurden bei einer absolut minimalen Tätigkeit der Arbeiter. Die vorzunehmende Umgestaltung der Betriebe erfordert natürlich eine gewisse Zeit. Dazu muß aber auch die Autorität der Reichsleitung und der Behörden wieder hergestellt werden, die jetzt vollständig ausgeschaltet ist.

Nach weiterer kurzer Debatte wird der Notetat angenommen, worauf sich das Haus bis 9. April vertagt.

Die Ereignisse in Ungarn.

Eingreifen in Ungarn beschlossen.

Dem „Algemeen Handelsblad" wird aus Paris gemeldet, daß die obersten Militärstellen Frankreichs, Englands, Amerikas und Italiens den Rat der Vier davon in Kenntnis gesetzt haben, daß der Kampf gegen den Bolschewismus in Ungarn und Rußland unverzüglich aufgenommen werden müsse, da man ihn sonst am Rhein führen müßte.